Wie eine Kirchgemeinde ihre Pfarrerin loswurde

Intrigen in Berner Kirche 1/3 Bei ihrer ersten Stelle trifft eine junge Pfarrerin auf ein schwieriges Klima. Am Ende muss sie gehen. Was geschah in Kehrsatz?

Johannes Reichen

«Auf dass sie alle eins seien.»
Inschrift Ökumenisches Zentrum Oeki Kehrsatz von 1975.

Am Abend des 13. Dezember 2022 feiert das Ökumenische Zentrum in Kehrsatz das Weihnachtsfest. Eingeladen sind die Angestellten des Oeki, der reformierten und der katholischen Kirchgemeinde.

Weihnachten in der Kirche, ein Fest des Friedens. Es gibt Pizza für alle.

Zur gleichen Zeit sitzt Maria K. zusammen mit ein paar Freundinnen und Freunden in ihrer Pfarrwohnung, die sich im Oeki befindet. Der Lärm des Fests dringt in die Wohnung.

Gut drei Jahre lang arbeitete K. als Pfarrerin in der reformierten Kirchgemeinde. Nun ist sie ihren Job los. Der Kirchgemeinderat trennte sich Ende November von ihr. Und zog auch die Einladung zur Weihnachtsfeier zurück.

Wenige Tage nach dem Fest räumt K. die Wohnung. Dann steigt sie in ein Flugzeug und reist für eine Weile weit weg. Hinter sich lässt sie eine zerrissene Kirchgemeinde.

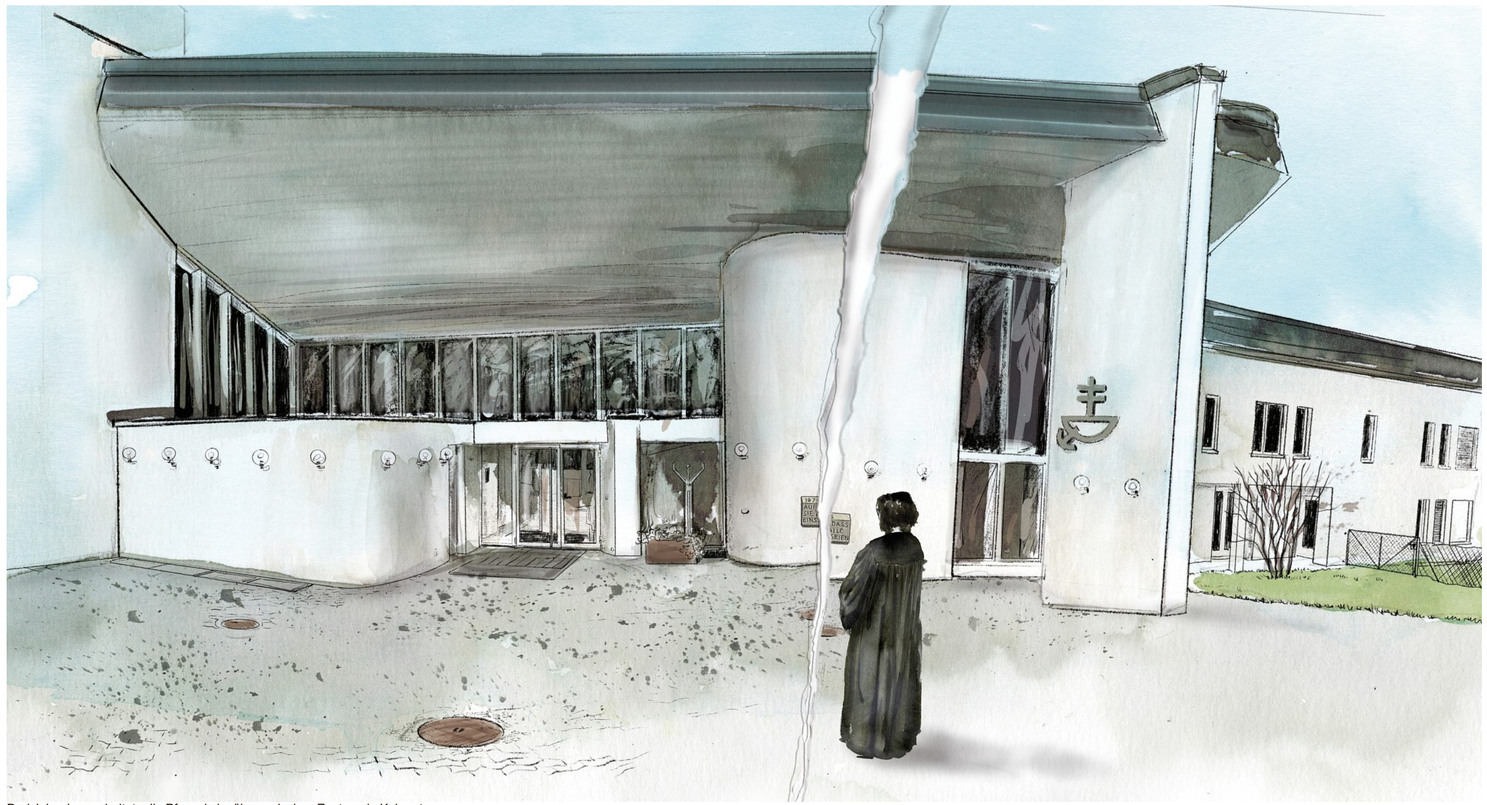
Maria K. ist am Ende.

Im Herbst 2022 hatte der Fall K. in Kehrsatz während Wochen für Spannungen, Gerede und Gerüchte gesorgt. Bei vielen Menschen war die Pfarrerin äusserst beliebt. Aus Sicht des Kirchgemeinderats war sie jedoch nicht mehr tragbar.

Dies ist die Geschichte einer Frau, die zur falschen Zeit am falschen Ort war. Einer Behörde, die nicht zum ersten Mal mit einer Angestellten bricht. Und einer Kirche, die es sich leisten kann, eine junge Pfarrerin zu verlieren, vielleicht für immer.

Vorneweg: Maria K. hat eine Vereinbarung unterschrieben, die es ihr verbietet, über die Trennung zu reden. Sie äussert sich auch gegenüber dieser Zeitung nicht. Und: Maria K. ist nicht ihr richtiger Name. Dieser wird aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht genannt.

Auch der Kirchgemeinderat hat die Vereinbarung unterzeichnet. Diese Rekonstruktion beruht auf den Aussagen zahlreicher anderer Personen aus dem Oeki und dem Umfeld der Beteiligten. Viele wollen sich nicht mit Namen zitieren lassen.



Drei Jahre lang arbeitete die Pfarrerin im ökumenischen Zentrum in Kehrsatz. Illustration: Karin Widmer

Der Start

Maria K. wächst in der Ostschweiz auf. Sie wird Lehrerin. 2013 zieht sie nach Bern, studiert an der Universität Theologie, ehe sie 2018 im Spiegel in der Kirchgemeinde Köniz das anderthalbjährige Vikariat absolviert. Ihre Mentorin heisst Melanie Pollmeier. Sie sagt: «Ich erlebte eine Frau, die mitten im Leben stand, wahnsinnig aufgeschlossen und fröhlich war, integer und aufrecht. Wir führten viele Gespräche über das Leben, die Kirche und die Gesellschaft. Ich konnte sehr gut mit ihr zusammenarbeiten. Sie dachte viel über ihre Zukunft nach. Sie fragte sich, ob sie nicht doch Lehrerin bleiben sollte. Am meisten Spass machte ihr die kirchliche Unterweisung. Die Wende kam, als sie sich einen Talar kaufte. Nun wollte sie Pfarrerin werden. Am Ende des Vikariats konnte ich sie vollumfänglich für das Pfarramt empfehlen.»

Im Oktober 2019 tritt K. ihre erste Pfarrstelle an. Sie ist 29. In Kehrsatz erhält sie einen 80-Prozent-Job, verbunden mit einer Residenzpflicht. Sie wird vom Volk gewählt. Mit ihrem Partner und einer weiteren Person zieht sie in die Pfarrwohnung im Oeki.

Das Oeki

Das Oeki ist die Heimat der Reformierten Kirchgemeinde Kehrsatz und der Katholischen Pfarrei St. Michael Wabern-Kehrsatz. Es war das erste ökumenische Zentrum im Kanton Bern. Schon die Entstehung und der Bau waren ein Murks.

Bald nach der Einweihung 1976 hielt eine Chronistin fest, «ging es mit der Ökumene langsam bergab». Später kam es im Oeki und den Kirchgemeinden manchmal zu Zerwürfnissen unter Angestellten oder Behörden.

Davon weiss K. im Herbst 2019 wohl nichts. Zu Beginn nimmt sie die Gemeinde als modern und offen wahr. Sie ist für Kinder und Jugendliche zuständig. Zusammen mit zwei Frauen organisiert sie den Kindergottesdienst «Fiire mit de Chliine». Sie richtet eine «Kinderecke» ein. In der Corona-Krise engagiert sie sich für die Nachbarschaftshilfe. Später nimmt sie Flüchtlinge aus der Ukraine auf.

Es ist eine Arbeit, die sie liebt. Und die Pfarrerin wird geliebt, von den Kindern und den Eltern.

Maria K. will etwas bewegen. Sie fällt auf. Das passt offenbar nicht allen. Schon bald klagt sie bei Vertrauten und Freundinnen über Probleme – vor allem mit einem Sigristen. Er ignoriere sie, rede nicht mit ihr, schikaniere sie.

Die Kollegin

Gleichzeitig mit K. nimmt eine zweite Pfarrerin ihre Arbeit auf. Sie ist älter als K. und für Altersfragen zuständig. Ihr Pensum beträgt 60 Prozent.

Wenn sie arbeitet, ist sie meist nicht allein, sondern wird von ihrer Partnerin begleitet. Diese habe einmal zu K. gesagt, sie sehe magersüchtig aus, berichten mehrere Personen. Und ein andermal, sie habe eine Frisur wie ein Vogelnest.

Mit der Pfarrerin hat es K. am Anfang gut. Sie glaubt, in ihr eine Verbündete zu haben. Denn auch sie nerve sich oft über den Sigristen.

K. habe derweil immer mehr Mühe, beim Kirchgemeinderat Gehör zu finden, erzählen Vertraute. Sie gelte als die Junge, Unerfahrene, werde nicht ernst genommen. Wenn sie einen Antrag stelle, müsse sie ihn regelmässig überarbeiten.

> «Wir dürfen sagen, wir waren Fans von Maria K. Sie hatte schampar gute Ideen, auch verrückte Sachen.»
>
> **Peter Gehr**
> Präsident der reformierten Kirchgemeinde Kehrsatz

Mit der Zeit habe K. ihre Anträge nicht mehr selbst gestellt. Denn wenn ein anderer Name darunter stehe, komme er beim Rat problemlos durch. Von der älteren Pfarrerin erhalte sie dabei keine Unterstützung.

Diese gilt als zuverlässig und exakt, sie kennt sich aus mit Gesetzesparagrafen. Sie nehme dem Präsidenten viel Arbeit ab, ihr Wort zähle etwas, heisst es. Als eine Reorganisation geplant wird, ernennt der Gemeinderat die ältere Pfarrerin zur «operativen Leiterin». Manchmal weise sie K. zurecht. Die ältere Pfarrerin will sich nicht äussern.

Der Seelsorger

Es gibt Personen, die die Zusammenarbeit mit Maria K. als schwierig bezeichnen. Stefan Küttel war bis Sommer 2022 katholischer Seelsorger im Oeki. Er sagt, K. arbeite oft wenig vorausschauend. Dabei brauche es gewisse Absprachen, gerade vor gemeinsamen Gottesdiensten.

«Ich habe das Gefühl, dass sie nicht immer das machte, was sie gemäss Stellenbeschrieb hätte tun sollen. Einmal hat sie drei jugendliche Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Sie hat sich sehr um sie bemüht, aber war damit wohl überfordert. Sie führte ein relativ offenes Pfarrhaus und zog so auch schwierige Jugendliche an, was teilweise zu Problemen führte. Da gab es gewisse Vorfälle. Es war wohl nicht so, dass es einen einzigen Kündigungsgrund gab. Es war ein Puzzle. Das Vertrauen war sicher auch ein Thema. Man hat sich nicht mehr vertraut.»

Küttel erwähnt auch noch das schwierige Verhältnis zwischen K. und dem Sigristen sowie einer früheren Jugendarbeiterin. «Sie sind ein paarmal aneinandergeraten.» Wer welche Rolle spielte, kann er nicht sagen.

Auch zwischen den beiden reformierten Pfarrerinnen habe es Probleme gegeben. Er selbst sei zwischendrin gestanden. Doch habe er eine ähnliche Arbeitsweise wie die ältere Pfarrerin. «Ich schlug mich auf ihre Seite.»

Andere Personen schildern die damalige Situation hingegen so: Es gebe Spannungen zwischen der älteren Pfarrerin und Küttel – und K. leide darunter. An einer Sitzung zu dritt spreche sie die beiden darauf an. Doch diese sollen sich nur angesehen und den Kopf geschüttelt haben.

Maria K. habe sich diese Reaktion nicht erklären können. Aber sie habe gemerkt, dass sie jetzt ein Problem habe. Küttel sagt, er und die ältere Pfarrerin hätten zwar theologisch unterschiedliche Ansichten gehabt, aber kein tiefergehendes Problem miteinander. Diese Situation hätten sie dann auch geklärt. «Aber es ist schon so, manchmal war es zwischen allen Beteiligten ein Hin und Her.»

Der Organist

Bis vor kurzem und während fast zehn Jahren war Imre Gajdos Organist in Kehrsatz. Obschon er 40-mal im Jahr im Oeki im Einsatz stand, bezeichnet er sich selbst als eine «Randfigur». Mit Maria K., sagt er, habe er es immer gut gehabt. Konflikte habe er nie selbst erlebt. Aber von ihnen erfahren, das schon.

«Ich hatte ein Gespräch mit dem Kirchgemeinderat. Sie haben mir gesagt, dass es mit Maria bei den Gottesdiensten gut laufe, aber nicht in organisatorischen Dingen und bei der Zusammenarbeit im Team. Der Rat war sich damals schon einig, dass sie gehen muss. Ich sagte ihnen, dass ich das nicht gut finde. Schon wieder ein Wechsel im Pfarrteam. Es hatte nie viele Leute in der Kirche. Maria hätte neue Dinge gewollt. Es wäre dringend nötig gewesen.»

K. suchte derweil Erfüllung in ihrer eigentlichen Arbeit als Seelsorgerin. Etwa beim «Fiire mit de Chliine», das immer mehr Menschen anzieht. Sie sei nah bei den Leuten, knüpfe schnell Kontakte, heisst es.

Im Oeki aber, so erzählt sie Freunden, werde es immer schlimmer. Sie werde geplagt. In einem Tagebuch listet sie Dutzende Ereignisse auf. Gegenüber dem Kirchgemeinderat habe sie die zwischenmenschlichen Probleme angesprochen. Doch man helfe ihr nicht wirklich. Sie werde nicht ernst genommen. Kritik an ihrer Arbeit bekomme sie hingegen nie zu hören – auch nicht bei den Jahresgesprächen.

Aus den Berichten kann man ein Bild ableiten: Das Beziehungsgeflecht im Oeki besteht aus dünnen Fäden, die immer wieder neu gesponnen werden – und rasch reissen können.

Die Liste

Der Fall von Maria K. reiht sich in eine lange Liste von Konflikten in reformierten Kirchgemeinden ein. Am bekanntesten ist der Fall André Urwyler. Der Kirchgemeinderat Köniz wollte den umstrittenen Pfarrer loswerden, das Kirchenvolk stellte sich hinter ihn.

Nach jahrelangen Querelen verliess Urwyler Köniz 2011. Weil daraufhin der Grossteil des Kirchgemeinderats abgewählt wurde, stand die Kirchgemeinde danach gar unter Zwangsverwaltung. Fast zur gleichen Zeit wollte die Kirchgemeinde Münchenbuchsee ihren Pfarrer loswerden – und musste dafür tief in die Tasche greifen. Sie entschädigte ihn mit 130'000 Franken. «Im weitesten Sinn kann man sagen, dass wir mit seiner Arbeit nicht zufrieden sind», begründete der Präsident die Trennung.

> «Auch Menschen in einer Kirche sind nicht perfekt.»
>
> Stellungnahme von Refbejuso

2014 wurde in Münsingen ein Pfarrer in die Mangel genommen. Ihm wurde vorgeworfen, die Kirchgemeindeversammlung instrumentalisiert zu haben, als er der Kirchgemeinde das Pfarrhaus abgekauft habe. Sogar das restliche Pfarrteam distanzierte sich öffentlich von ihm. Der Pfarrer wurde in einer Untersuchung entlastet. Aber er musste gehen.

Am Ende müssen immer die Pfarrpersonen gehen. Auch in Kehrsatz.

Das Bedauern

Alle diese Konflikte betreffen Kirchgemeinden der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn. Dieser Verband wird kurz Refbejuso genannt. Auch der Fall Maria K. wird hier landen. Refbejuso sagt, aus arbeitsrechtlichen Gründen dürfe man sich nicht dazu äussern.

Und das ist aus Sicht der Kirche ein Problem. Mitarbeitende sprächen bei Konflikten mit ihrem Bekannten- und Freundeskreis, oft auch auf Social Media. Die Arbeitgeberseite aber dürfe nicht reden, so bleibe eine «lückenhafte Version» im Raum stehen.

Zudem: Konflikte liessen sich nicht immer auf konstruktive Weise lösen und liessen «oftmals nur Verlierer und eine allgemeine Verdrossenheit» zurück. Das sei höchst bedauerlich. Refbejuso schreibt noch:

«Viele Menschen hegen die Erwartung, dass unter Mitarbeitenden einer Kirche stets Harmonie herrscht und allfällige Unstimmigkeiten im Geist der christlichen Versöhnung beigelegt werden. Oft gelingt dies auch, aber leider nicht immer. Auch Menschen in einer Kirche sind nicht perfekt.»

Der Präsident

An einem Tag Ende 2022 öffnet Peter Gehr in einem altehrwürdigen Universitätsgebäude in der Berner Länggasse die Tür zu seinem Büro. «Die Alten versetzt man in die hinterste Ecke», sagt er und lacht. Er hat eine warme Stimme und grossväterlichen Charme. Seit 2015 ist er Präsident der reformierten Kirchgemeinde Kehrsatz. Gehr ist emeritierter Professor der Uni Bern, leitete einst das Anatomische Institut und war Präsident der Stiftung Gensuisse. Vor ein paar Jahren trat er öffentlich in Erscheinung, als es um die Gefährlichkeit von Nanopartikeln ging.

Als Professor und Kirchenpräsident ist er eine Autorität. Sein Wort hat Gewicht. Nun will er über die Vorgänge in Kehrsatz reden. Zum Gespräch mitgenommen hat er Vizepräsidentin Margret Lehmann. Sie sind die starken Figuren in der Kirche, das sagen manche Insider.

Über Maria K. sagt Gehr: «Wir dürfen sagen, wir waren Fans von ihr. Sie hatte schampar gute Ideen, auch verrückte Sachen. Wir haben viele Gespräche geführt, etwa, dass wir ihre Pläne für die Jugendarbeit umsetzen können. Schlussendlich ist es aber auch die Aufgabe des Kirchgemeinderats, zu prüfen, was es kostet. Aber im Prinzip haben wir ihr alles bewilligt. Es kam der Vorwurf, dass wir gegen sie gearbeitet hätten. Aber das stimmt einfach nicht.»

Lehmann sagt, ihre Predigten seien «super» gewesen. Auch im Unterricht sei es gut gelaufen. «Wir anerkennen das.» Aber von aussen habe man halt nur das gesehen. «Die Leute kennen nur die eine Seite von Maria.» Und verstünden deshalb nicht, weshalb sich die Kirchgemeinde von ihr habe trennen wollen.

«Ich möchte es noch krasser sagen», sagt Gehr, «man wollte uns nicht zuhören.»

Die Ausnahme

Also, warum musste sie gehen? Lehmann antwortet: Der Kirchgemeinderat und die Pfarrerin hätten eine Vereinbarung unterzeichnet, wonach Stillschweigen beschlossen worden sei. Das sei in solchen Fällen üblich. Zu den Gründen äussern sie sich also nicht.

Eine Ausnahme gibt es. «Die einzige Passage, die nicht vertraulich ist, ist die, dass gegen Maria kein Mobbing im rechtlichen Sinn vorlag.» Maria K. habe zugestimmt, diesen Vorwurf zurückzunehmen. Für die Angeschuldigten sei dieser Vorwurf «selbstverständlich ein Problem».

Auf Nachfrage präzisiert Lehmann allerdings, dass der Fall gar nicht juristisch abgeklärt worden sei. Und auf die nächste Frage, wie man sich dann sicher sein könne, dass «kein Mobbing im rechtlichen Sinn» vorgelegen habe, antwortet sie: «Das ist einfach so.»

Ist das so? Es ist eines der grossen Rätsel in diesem Fall.

Maria K. fühlt sich also als Opfer von Mobbing. Aber sie darf nicht darüber reden. Die Gegenleistung für das Schweigen: Bis Juni 2023 erhält sie noch den Lohn. Für sie ist es wohl die beste Lösung. Sie hätte gern gekämpft, sagen ihre Freunde. Aber irgendwann habe sie nicht mehr die Kraft dazu gehabt.

Ein paar Menschen allerdings wollten die Pfarrerin nicht ziehen lassen. Im Herbst 2022 tun sie sich zusammen und planen einen Umsturz. Sie wollen den Kirchgemeinderat entmachten. Showdown im Oeki.

Aber auch das wird Maria K. nicht helfen.

Dies ist der erste von drei Teilen.

Auf das Jagdgesetz folgt die Berner Wolf-Initiative

Wolfsgegner Die Initiative kommt zustande. Braucht es ein kantonales Gesetz?

Zehn Schafe mit ausreichenden Herdenschutz-Massnahmen musste der Wolf M241 im Gantrischgebiet reissen, bevor er im Dezember zum Abschuss freigegeben wurde. Ein anderer Wolf erreichte diese gesetzlich festgelegte «Schadensgrenze» im letzten Jahr nicht, obwohl ihm über dreissig Nutztiere zum Opfer fielen. Mit dem revidierten nationalen Jagdgesetz wird sich dies ändern: Neu sollen Wölfe auch präventiv geschossen werden können, ohne dass sie zuvor Schaden angerichtet haben.

Die Schweizer Wolfsschützer wollten das Referendum ergreifen, doch ihnen fehlten über 10'000 Unterschriften. Erfolgreicher waren die Wolfsgegner. Im Kanton Bern kommt die «Wolf-Initiative» der Vereinigung zum Schutz von Wild- und Nutztieren vor Grossraubtieren zustande. Mindestens 15'000 Unterschriften wurden innerhalb der vorgegebenen Frist gesammelt.

Nach den Lockerungen im nationalen Jagdgesetz stellt sich die Frage, ob die kantonale Abstimmung über das Schicksal des Berner Wolfs noch notwendig ist. Für den Initiator und SVP-Grossrat Thomas Knutti lautet die Antwort klar: Ja. Jetzt umso mehr.

Wie so oft in der Gesetzgebung gilt auch das neue Jagdgesetz nicht ohne Wenn und Aber: So soll ein Abschuss zwar dazu dienen, «zu hohe Bestände» zu kontrollieren und den «Schaden oder die Gefährdung von Menschen» zu verhindern. Dennoch müssen naturschützerische Aspekte beachtet werden.

«Meistens regelt das Bundesrecht die Frage der Grossraubtiere abschliessend», heisst es beim kantonalen Jagdinspektorat. Bedarf für ein zusätzliches kantonales Gesetz, wie es die Wolf-Initiative fordert, sieht Thomas Knutti dennoch: «Auch wenn die nationalen Lockerungen grosse Unterstützung genossen, sind sie im Grunde kein gesetzlicher Auftrag an die Kantone», so der SVP-Grossrat. Sei der Regierungsrat kritisch gegenüber einem Abschuss, habe er immer noch genügend Möglichkeiten, diesen zu verhindern.

Damit Wölfe letztendlich auch wirklich geschossen werden, bevor sie eine grosse Anzahl an Nutztieren gerissen haben, brauche es zusätzliche kantonale Vorschriften, unterstreicht Thomas Knutti.

Jana Kehl

Die Fahrenden sind abgereist

BEA-Parkplätze Französische Roma in Bern sind einem Ultimatum zuvorgekommen.

Die Parkplatzsituation an Berns grösster Messe hat sich entspannt, eine Woche, bevor sie überhaupt eröffnet wird. Die Fahrenden, die sich im März an der Wölflistrasse niedergelassen hatten, sind weitergezogen. Die Bernexpo Groupe, Veranstalterin der BEA, mietet den Parkplatz jeweils für die Dauer der Ausstellung, die heuer vom 28. April bis zum 7. Mai stattfindet.

Die Fahrenden kamen damit einem behördlichen Ultimatum nach, das am Freitag ablief. «Wir sind dankbar und freuen uns, dass uns die Parkfläche rechtzeitig zur Verfügung steht», sagt Bernexpo-Sprecher Adrian Erni. Bevor sie ihre rund 20 Wohnwagen auf dem Parkplatz am Berner Stadtrand abstellten, hatten sich die französischen Roma-Familien während zweier Wochen vor der Tissot-Arena in Biel aufgehalten und von dort an den Flughafen Belp disloziert. Der Kanton intervenierte und wies ihnen schliesslich das Gelände an der Wölflistrasse zu.

Hintergrund dieser Episoden ist der anhaltende Konflikt um fehlende Stellplätze für ausländische Fahrende. In der Seeländer Gemeinde Wileroltigen wird voraussichtlich 2025 ein Transitplatz in Betrieb gehen, der die Situation entschärfen soll.

Cedric Fröhlich

Im Liebefeld werden aus Büros doch keine Wohnungen

Umnutzung abgebrochen Mit ihrem Auszug aus dem Liebefeld hat die Swisscom einen der grössten Büro-Leerstände in der Region Bern verursacht. Denn der Businesspark Liebefeld verfügt über 26'000 Quadratmeter Nutzfläche – und diese liessen sich nicht so einfach vermieten. Deshalb reichte die Eigentümerin, die Versicherung Swisslife, letztes Jahr ein Baugesuch ein: 20 Prozent des Gebäudes sollten in Wohnraum umgebaut werden. Geplant waren 77 Ein- und Zweizimmerwohnungen.

Doch daraus wird nun, anders als diese Zeitung vergangene Woche schrieb, nichts: Die Swisslife hat das Projekt abgebrochen, wie Sprecherin Tatjana Schachenmann auf Anfrage bestätigt – weil die Nachfrage nach Büroraum angezogen habe und man heute zuversichtlich sei, die noch freien 9000 Quadratmeter vermieten zu können.

Ein Grund für den Meinungsumschwung der Swisslife: Der Kanton Bern mietet fast 10'000 Quadratmeter an – wegen Schulraummangels und als Ersatzstandort für die Gymnasien Neufeld und Kirchenfeld, die saniert werden. Mit dem Verzicht auf eine Umnutzung im Liebefeld spart die Swisslife nun 13 Millionen Franken an Baukosten.

Adrian Hopf-Sulc